Landkreis Uckermark
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit

Prenzlau, den 15.03.2019
Tel. 03984/70 1009

Niederschrift der 19. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 07.03.2019 - öffentlicher Teil

Datum: 07.03.2019
Zeit: 17:02 Uhr –19:06 Uhr
Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Haus 4, Raum 301

Anwesende Ausschussmitglieder:

Landrätin

Frau Karina Dörk	Landrätin	

SPD/BVB-Fraktion

Frau Elke Grunwald	SPD/BVB	
Frau Susan Jahr	SPD/BVB	
Herr Sebastian Tattenberg	SPD/BVB	bis 19:00 Uhr

CDU-Fraktion

Herr Wolfgang Banditt	CDU	bis 18:25 Uhr
Herr Andreas Meyer	CDU	bis 18:25 Uhr
Herr Manfred Suhr	CDU	

Fraktion DIE LINKE

Frau Sieglinde Knudsen	DIE LINKE	ab 17:19 Uhr
Herr Heiko Poppe	DIE LINKE	

Fraktion Bauern-Ländlicher Raum

Herr Jürgen Mittelstädt	BLR	

FDP-Fraktion

Herr Gerd Regler	FDP	ab 17:18 Uhr

Fraktion Grüne/RdUM

Herr Dr. Gernot Schwill	Grüne/RdUM	

Verwaltung

Herr Bernd Brandenburg	1. Beigeordneter	
Frau Anke Dürre	Amtsleiterin Amt für Finanzen	
Herr Henryk Wichmann	2. Beigeordneter	

Herr Michael Steffen	Leiter Jobcenter
Herr Marko Ulrich	Amtsleiter Sozialamt
Frau Kathleen Machmer	Jobcenter / Eingliederung

Schriftführerin

Frau Michaela Felgener	Büro des Kreistages

Gäste

Frau Jutta Frank	AWO Kreisverband Uckermark e.V.
Herr Martin Franke	BL Volkssolidarität
Frau Bärbel Glogau	GF Volkssolidarität
Herr Gerhard Ludwig	
Herr Guido Nitschke	
Frau Dunja Schwarz-Fink	Paritätischer LV Brandenburg

Abwesende Ausschussmitglieder:

SPD/BVB-Fraktion

Frau Astrid Hirschfelder	SPD/BVB

CDU-Fraktion

Herr Volkhard Maaß	CDU

Sachkundige Einwohner

Herr Jörg Kuschel	entschuldigt

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Poppe begrüßt die Landrätin Frau Dörk, die Beigeordneten, die weiteren Mitarbeiter der Verwaltung und die Mitglieder des ASGA sowie alle Gäste.

Herr Poppe teilt mit, dass neun Ausschussmitglieder anwesend sind und der Ausschuss somit beschlussfähig ist.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Herr Poppe stellt fest, dass die Tagesordnung zur heutigen Sitzung allen Ausschussmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen ist.

zu TOP 2.1: Anträge zur Tagesordnung

Herr Poppe merkt an, dass keine Anträge zur Aufnahme in die Tagesordnung vorliegen.
Da zum Tagesordnungspunkt „Freie Wohlfahrtspflege: Bericht – Kontakt- und Beratungsstellen für psychisch Kranke (KBS) im Landkreis Uckermark“ BR/038/2019 eine

Power-Point-Präsentation von Gästen der Volkssolidarität vorgetragen werden soll, bittet er um Verschiebung und Einordnung dieses Punktes als TOP 7 in die heutige Tagesordnung.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stimmt dem Vorschlag zu, den TOP15 als TOP7 in die Tagesordnung einzuordnen.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
   2.1 Anträge zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der 18. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 15.11.2018 - öffentlicher Teil
   075/2019
4. Informationen
5. Einwohnerfragestunde
6. Anfragen
7 Freie Wohlfahrtspflege: Bericht - Kontakt- und Beratungsstellen für psychisch Kranke (KBS) im Landkreis Uckermark
   BR/038/2019
8. Anträge
   8.1 Finanzierung der Freien Wohlfahrtspflege: höhere Zuschüsse für Tafeln und Schuldnerberatungsstellen
   AN/055/2019
   Einreicher: Fraktion DIE LINKE
9. Benennung der/des künftigen hauptamtlichen Integrationsbeauftragten des Landkreises Uckermark
   BV/028/2019
10. Entwurf der Haushaltssatzung 2019/2020
    BV/022/2019
11. Jobcenter Uckermark - Berichterstattung zum Teilhabechancengesetz
    BR/034/2019
12. Informationen des Jobcenters Uckermark zum Zielvereinbarungsprozess 2019 gemäß § 48b SGB II sowie zur vorläufigen Auswertung der Zielvereinbarung 2018
    BR/035/2019
13. Informationen des Jobcenters Uckermark zur aktuellen Verteilung der Mittel für Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten sowie zur Budgetplanung der Eingliederungsmittel 2019
    BR/036/2019
14. Jobcenter Uckermark - Jahresbericht 2018
    BR/037/2019
15. Berichtswesen Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) - IV. Quartal 2018
    BR/021/2019
16. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB XII, dem SGB XI und dem SGB IX
    BV/031/2019/1

zu TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 18. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 15.11.2018 - öffentlicher Teil
Vorlage: 075/2019

Herr Poppe stellt fest, dass in der vorgegebenen Frist keine Einwendungen gegen die Niederschrift der 18. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 15.11.2018 – öffentlicher Teil im Kreistagsbüro eingegangen sind und die Niederschrift somit als bestätigt gilt.

zu TOP 4: Informationen

Frau Dörk informiert, dass vor dem Hintergrund der bevorstehenden Kommunalwahlen am 26.05.2019 die Neuwahlen des Integrationsbeirat sowie des Jugendhilfeausschusses vorbereitet werden müssen. Daher erfolgt im nächsten Amtsblatt ein jeweiliger Aufruf zur Mitarbeit in beiden Gremien.

Frau Dörk gibt weiterhin bekannt, dass sie am 05.03.2019 ein Gespräch mit Herrn Braun und Herrn Maciuga von der Staatskanzlei hatte. Im Ergebnis dessen wird es zum Kreistag noch eine Beschlussvorlage geben. Inhalt ist, dass die Landrätin gebeten wurde, den Kreistag darüber zu informieren, dass es seitens der Staatskanzlei eine Förderung i.H.v. 50.000,00 € für einen „Ehrenamtsstützpunkt“ geben soll. Diese Stützpunkte sollen sukzessive in allen Landkreisen aufgebaut werden. In diesem Jahr sollen drei Landkreise einen solchen Stützpunkt erhalten, im nächsten Jahr vier weitere Landkreise.
Der Wunsch hinter diesem Engagement der Landesregierung ist, dass Ehrenamtler die Möglichkeit bekommen sollen, eine Anlaufstelle zu haben, in der Informationen abgerufen und ausgetauscht werden können.

zu TOP 5: Einwohnerfragestunde

Herr Poppe merkt an, dass keine Einwohneranfragen bestehen.

zu TOP 6: Anfragen

Herr Poppe informiert, dass keine Anfragen gestellt wurden.

zu TOP 7: Freie Wohlfahrtspflege: Bericht - Kontakt- und Beratungsstellen für psychisch Kranke (KBS) im Landkreis Uckermark
Vorlage: BR/038/2019

Herr Regler nimmt ab 17:18 Uhr an der Sitzung teil.
Frau Knudsen nimmt ab 17:19 Uhr an der Sitzung teil.

Frau Glogau und Herr Franke stellen den Bericht der Freien Wohlfahrtspflege – Kontakt- und Beratungsstellen für psychisch Kranke (KBS) im Landkreis Uckermark anhand einer Power-Point-Präsentation vor (Anlage 1).

Herr Dr. Schwill möchte wissen, über welche Qualifikation die Mitarbeiter in den Beratungsstellen verfügen müssen. Herr Franke antwortet, dass zumindest eine Ausbil-

dung im Bereich der Heilerziehung sowie Sozialarbeit vorliegen sollte. Sehr wünschenswert sind Psychologen und Diplom-Psychologen.
Weiterhin möchte Herr Dr. Schwill wissen, mit welchen psychischen Problemen man sich an die Beratungsstellen wenden kann. Herr Franke gibt zur Kenntnis, dass hier keine diagnostischen Grenzen gesetzt werden. Die KBS arbeiten mit einem offenen Angebot.

Herr Banditt erkundigt sich, ob mit den Betreuern von Suchtkranken eine Zusammenarbeit stattfindet. Herr Franke antwortet, dass diese nach und nach angestrebt wird.

Herr Tattenberg fragt nach den derzeitigen Öffnungszeiten der KBS in der Uckermark und dem Personalbedarf, um mehr Unterstützung leisten zu können.
Herr Franke informiert, dass die KBS zwischen 08.00 Uhr und 16.00 Uhr geöffnet haben. Hinsichtlich des Personalbedarfs wäre die Aufstockung um 1,0 – 1,5 Stelle/n pro Standort wünschenswert.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Berichtsvorlage zur Kenntnis.

zu TOP 8: Anträge

zu TOP 8.1: Finanzierung der Freien Wohlfahrtspflege: höhere Zuschüsse für Tafeln und Schuldnerberatungsstellen
Vorlage: AN/055/2019
Fraktion DIE LINKE

Frau Knudsen spricht sich für die Vorlage aus und plädiert für die Zustimmung aller Mitglieder des Kreistages.

Herr Meyer möchte wissen, wieviel finanzielle Unterstützung die Tafel bereits vom Landkreis Uckermark erhält, da es unter Punkt 1 des Beschlussvorschlages lautet: „… um insgesamt 30.000,00 € pro Jahr erhöht.“. Weiterhin spricht er sich dafür aus, eine Bedarfsanalyse zum derzeitigen Stand vorzulegen.
Herr Poppe erwidert, dass im letzten Ausschuss dargestellt wurde, welche finanzielle Unterstützung durch den Landkreis Uckermark derzeit erfolgt. Herr Ulrich fügt hinzu, dass die 30.000,00 € ebenfalls aus der letzten ASGA-Sitzung resultieren. Dies ist die Summe, die der Tafel fehlen, um ihre Arbeit weiter leisten zu können.
Herr Brandenburg führt aus, dass sich die Schuldnerberatung rein haushaltstechnisch aus zwei Budgets zusammensetzt. Zum einem aus dem Sozialamt i.H.v. 34.300,00 € und dem SGB II i.H.v. 104.000,00 €. Vom Antragsteller möchte Herr Brandenburg wissen, ob der Antrag ein Änderungsantrag zum Haushalt sein soll. Er gibt zu bedenken, dass die im Beschluss vorgeschlagenen 30.000,00 € nicht im Haushalt eingeplant sind. Wenn der Beschluss so eine Mehrheit findet, wird der Ansatz dementsprechend erhöht.
Herr Poppe bittet diesen Antrag so zu verstehen und den Haushaltsansatz entsprechend zu erhöhen.
Herr Meyer erkundigt sich, wie die Verwaltung zu vorliegendem Antrag steht.
Herr Wichmann als Fachdezernent begrüßt den vorliegenden Antrag sehr, ob dieser aber finanzierbar ist, kann nur durch den Kämmerer des Landkreises beurteilt werden.

Herr Banditt wird dem Antrag zustimmen, bittet aber noch einmal, wie bereits im letzten ASGA, ausdrücklich darum, die Möglichkeit der Eigeneinwerbung von finanziellen Mitteln zu eruieren und ggf. zu nutzen.

Herr Brandenburg weist darauf hin, dass momentan noch der Haushaltsentwurf vorliegt und alles was an Ausgaben erhöht wird und nicht mit Erträgen dargestellt werden kann, führt entweder zur Erhöhung des Defizites oder zur Erhöhung der Kreisumlage. Die Schuldnerberatung findet er aber eine gute Sache und sollte mit den Trägern und der Verwaltung möglicherweise gemeinsam bearbeitet werden.

Frau Dörk spricht sich für den vorliegenden Antrag und die damit verbundene Hilfe für die Schuldnerberatung und die Tafel aus.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:
„Der Kreistag beschließt:
1. *Die Finanzierung der Freien Wohlfahrtspflege wird im Bereich der Tafeln und der Schuldnerberatung für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 um insgesamt 30.000 € pro Jahr erhöht.*
2. *Die Verwaltung wird beauftragt, für die Folgejahre eine Bedarfsanalyse für den gesamten Bereich der Freien Wohlfahrtspflege im Rahmen einer Sozialplanung zu erstellen und dem Kreistag auf der Grundlage der Ergebnisse einen Vorschlag für die längerfristige Finanzierung in diesem Bereich zu unterbreiten.“*

Abstimmungsergebnis: *Ja:* *einstimmig*

zu TOP 9: Benennung der/des künftigen hauptamtlichen Integrationsbeauftragten des Landkreises Uckermark
Vorlage: BV/028/2019

Frau Dörk informiert, dass der ehemalige hauptamtliche Integrationsbeauftragte Herr Krüger seit dem 01.12.2018 als Amtsleiter des Jugendamtes tätig ist. Somit machte sich die Ausschreibung Stellenausschreibung für den hauptamtlichen Beauftragten zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund (Integrationsbeauftragter) notwendig.
Nach Ende des Auswahlverfahrens fiel die Wahl auf Herrn Nitschke, der sich heute kurz vorstellen möchte.

Herr Poppe beantragt das Rederecht für Herrn Nitschke.

Abstimmungsergebnis: *Ja:* *einstimmig*

Herr Nitschke stellt sich und sein bisheriges Aufgabengebiet und Tätigkeitsfeld vor.

Herr Banditt fragt nach, ob bereits eine Zusammenarbeit mit Flüchtlingsbeauftragten des Kirchenkreises Pommern, Frau Deutscher, besteht. Herr Nitschke verneint dies, schließt diese aber für die Zukunft nicht aus.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:
„Mit Wirkung zum 01.04.2019 benennt der Kreistag gemäß § 16 Absatz 1 Hauptsatzung des Landkreises Uckermark (Hauptsatzung) Herrn Guido Nitschke zum hauptamtlichen Beauftragten zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund (Integrationsbeauftragter).“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 10: Entwurf der Haushaltssatzung 2019/2020
Vorlage: BV/022/2019

Herr Brandenburg stellt den Entwurf der Haushaltssatzung 2019/2020 anhand einer Power-Point-Präsentation vor (Anlage 2).

Herr Banditt und Herr Meyer verlassen die Sitzung.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:
„Der Kreistag beschließt die Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2019 und 2020.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Frau Dürre verlässt die Sitzung.

zu TOP 11: Jobcenter Uckermark - Berichterstattung zum Teilhabechancengesetz
Vorlage: BR/034/2019

Frau Machmer stellt den Bericht zum Teilhabechancengesetz des Jobcenters Uckermark anhand einer Power-Point-Präsentation vor (Anlage 3).

Herr Steffen fügt ergänzend hinzu, dass es hier um Leistungsempfänger geht, die am Anfang der Tätigkeiten eine sehr geringe Leistungsfähigkeit haben. Es geht um diejenigen, die seit mindestens sechs Jahren im Leistungsbezug sind und in dieser Zeit auch nicht in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden konnten.

Herr Dr. Schwill fragt nach, ob es schon Erfahrungen dahingehend gibt, dass Arbeitgeber, trotz der guten Förderung es ablehnen, Leistungsempfänger zu beschäftigen.
Frau Machmer antwortet, dass es mit diesem Instrument noch keine Erfahrungen dahingehend gibt.

Herr Regler dankt für den Vortrag und lobt die gute Arbeit des Jobcenters.

Herr Poppe erkundigt sich, ob die Menschen, die bereits längerfristig im Leistungsbezug sind und kurz vor dem Renteneintrittsalter stehen auch eine Chance auf Förderung über das Teilhabechancengesetz haben. Weiterhin möchte er wissen, ob es genügend Arbeitgeber, nicht nur die Träger, gibt, die diesen Menschen eine Chance geben würden.

Frau Machmer antwortet, dass es durchaus Leistungsempfänger gibt, die nach einer Maßnahme in die Rente gehen. Zur Frage der Arbeitgeber führt sie aus, dass derzeit 100 Anfragen vorliegen. Diese werden momentan geprüft.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Berichterstattung zur Kenntnis.

Herr Tattenberg verlässt die Sitzung.
Frau Machmer verlässt die Sitzung.

zu TOP 12: Informationen des Jobcenters Uckermark zum Zielvereinbarungsprozess 2019 gemäß § 48b SGB II sowie zur vorläufigen Auswertung der Zielvereinbarung 2018
Vorlage: BR/035/2019

Herr Dr. Schwill erkundigt sich, wie es zu dieser Fehlprognose kommt. Herr Wichmann antwortet, dass dies daher rührt, dass stringent daran gearbeitet wurde, den Bestand an Langzeitarbeitslosen zu verringern und die gesamtwirtschaftliche Situation auch in der Uckermark dazu beigetragen hat, bei den Vermittlungen erfolgreicher zu sein, als dies in der Vergangenheit manchmal möglich war.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Bericht zur Kenntnis.

zu TOP 13: Informationen des Jobcenters Uckermark zur aktuellen Verteilung der Mittel für Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten sowie zur Budgetplanung der Eingliederungsmittel 2019
Vorlage: BR/036/2019

Herr Poppe möchte wissen, ob sich die Steigerung bei den Mehraufwandsentschädigungen (MAE) auch bei der Anzahl der MAE-Stellen auswirken wird.
Herr Steffen informiert, dass im SGB II-Beirat vorgeschlagen werden soll, die Mehraufwandsentschädigung von 1,10 € auf 1,20 € anzuheben. Weiterhin sollen die Sach- und Regiekostenpauschalen für die Träger leicht angehoben werden, um der Kostenentwicklung Rechnung zu tragen. Unterm Strich heißt dass: es gibt weniger Leistungsempfänger im Leistungsbezug und dementsprechend weniger bzw. gleichbleibende MAE-Kräfte in diesem Jahr.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Bericht zur Kenntnis.

zu TOP 14: Jobcenter Uckermark - Jahresbericht 2018
Vorlage: BR/037/2019

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Bericht zur Kenntnis.

zu TOP 15: Berichtswesen Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) - IV. Quartal 2018
Vorlage: BR/021/2019

Herr Poppe hinterfragt, die künftige Strategie im Umgang mit den Leerstandskapazitäten von Gemeinschaftsunterkünften zur Unterbringung von Asylsuchenden.

Herr Ulrich informiert, dass der Landkreis Uckermark sein Aufnahmesoll im letzten Jahr erfüllt hat. Vor dem Hintergrund rückläufiger Zuweisungszahlen wurden bereits Gemeinschaftsunterkünfte mit Landkreis Uckermark geschlossen.

Gegenwärtig gibt es keine Prognose des Landes zum Aufnahmesoll im Jahr 2019. Das Sozialamt prognostiziert, ein Aufnahmesoll in Höhe der Zuweisungen in 2018. Seitens des Landkreises wird angestrebt, dass Jahresaufnahmesoll sukzessive über das Jahr zu realisieren, so dass kein Zuweisungsdruck bzw. -spitzen für den Landkreis Uckermark entstehen. Demnach sollen fünf Asylsuchende pro Monat aus der zentralen Aufnahmeeinrichtung in Eisenhüttenstadt aufgenommen werden.

Vor dem Hintergrund steigender Leerstandskapazitäten werden kontinuierlich Alternativen zur Reduzierung des Leerstandes analysiert. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Belegungssituation sowie der qualitativen Aufnahmesituation in den einzelnen Städten (hier: Angermünde, Prenzlau, Schwedt, Templin, Lychen) ist gegenwärtig keine abschließende Entscheidung zur Schließung einer Einrichtung getroffen worden. Allerdings sieht Herr Ulrich spätestens im Jahr 2020 das Erfordernis für eine Grundsatzentscheidung zur Schließung einer weiteren Gemeinschaftsunterkunft.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Berichtsvorlage zur Kenntnis.

zu TOP 16: Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB XII, dem SGB XI und dem SGB IX
Vorlage: BV/031/2019/1

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:
„Die Landrätin wird ermächtigt, für den Landkreis Uckermark als Mandatierender mit dem Landkreis Spree-Neiße als Mandatsträger die anliegende öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB IX, SGB XI und dem SGB XII abzuschließen.“

Abstimmungsergebnis: *Ja:* *einstimmig*

zur Kenntnis genommen:

gez. Heiko Poppe
Ausschussvorsitzender

gez. Karina Dörk
Landrätin

gez. Michaela Felgener
Schriftführerin